

**Antwort
der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe
der PDS/Linke Liste
— Drucksache 12/7611 —**

Die „Deutschen Konservativen“ und der Rechtsextremismus

Ein Hamburger Gericht verurteilte vor wenigen Tagen den langjährigen Vorsitzenden der „Deutschen Konservativen“, Joachim Siegerist, wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhäß zu achtzehn Monaten Haft ohne Bewährung. Siegerist hatte in einer Aussendung an die Förderer der „Deutschen Konservativen“ geschrieben: „Die Zigeuner (in Rumänien; Anm. Ulla Jelpke) produzieren Kinder wie die Kaninchen“ und „...ich würde dieses miese kriminelle Pack aus dem Lande jagen“. Siegerist verbreitet weiter in einer Anzeige: „Sie nennen sich Sintis oder Romas. Das hört sich besser an als Zigeuner – ziehende Gauner. (...) Kriminelle Zigeuner sind wie eine Heuschrecken-Plage über Deutschland hergeflogen. Sie nennen sich Asylanten, sind aber durchweg kriminell und kosten uns Milliarden.“ (Ostpreußenblatt, 31. Oktober 1992).

Die „Junge Freiheit“ schreibt, daß laut Siegerist das Hamburger Gerichtsurteil „seinem politischen Verein nicht geschadet“ habe, „im Gegenteil. Zu Hunderten“ gingen derzeit Solidaritätsbekundungen ein“ („Junge Freiheit“, 13. Mai 1994).

1. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die „Deutschen Konservativen“?
2. Über wie viele Mitglieder verfügen die „Deutschen Konservativen“?
3. Über wie viele Förderer verfügen die „Deutschen Konservativen“, und wie gestaltet sich diese Förderung?
4. Wie ist die Mitgliederstruktur der „Deutschen Konservativen“ (bitte nach Alter, Geschlecht, Beruf etc. genau aufschlüsseln)?
5. Mit welchen weiteren Organisationen und Parteien arbeiten die „Deutschen Konservativen“ zusammen?
6. Welche Positionen nehmen die „Deutschen Konservativen“ in der Asyl- und Ausländerfrage ein?

7. Welche Positionen vertreten die „Deutschen Konservativen“ bezüglich des europäischen Zusammenschlusses?
8. Welche Positionen nehmen die „Deutschen Konservativen“ zu den Verbrechen des deutschen Faschismus ein?
9. Welche Positionen nehmen die „Deutschen Konservativen“ zur „Deutschen Frage“ ein?
10. Welche Positionen nehmen die „Deutschen Konservativen“ zu den sogenannten „deutschen Ostgebieten“ und zur Grenzregelung mit Polen ein?
11. Welche verfassungsschutzrelevanten Kenntnisse hat die Bundesregierung über Joachim Siegerist?
12. Auf welche Zielgruppen haben die „Deutschen Konservativen“ ihre Politik ausgerichtet?
13. Wie, mit welchen Mitteln und in welchen speziellen Organisationen, Zeitungen arbeiten die „Deutschen Konservativen“ in die Vertriebenenverbände hinein?
14. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Finanzierung der Arbeit der „Deutschen Konservativen“?

Über die Gesamtgruppierung lagen bisher keine ausreichenden tatsächlichen Anhaltspunkte im Sinne von § 3 Abs. 1, § 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes vor, die eine weitergehende systematische Sammlung und Auswertung im Sinne der Fragestellung zuließen. Es werden lediglich bekanntgewordene, offen zugängliche Propagandamaterialien der „Deutschen Konservativen“ gesammelt. Auf eine systematische Auswertung dieser Unterlagen wurde bisher verzichtet, da sich die öffentlichen Aktivitäten der „Deutschen Konservativen“ auf die Versendung von Briefen zum Teil mit ausländerfeindlichem und antisemitischem Inhalt und auf die Werbung für die Bücher des Journalisten Joachim Siegerist beschränkt haben.

Die „Deutschen Konservativen“ entwickelten sich nach Abspaltung unter anderem von der „Konservativen Aktion“ zu einer Gruppe, die ganz überwiegend von ihrem Vorsitzenden Joachim Siegerist beherrscht wird und deren öffentliche Aktivitäten unter dessen Namen firmieren. Joachim Siegerist hat seine politischen Interessen nach Litauen verlagert. Dort war er nach Annahme der litauischen Staatsbürgerschaft (neben der deutschen) von der dortigen nationalistischen Partei ins Landesparlament gewählt worden. Zeitungsmeldungen zufolge soll Joachim Siegerist in Litauen Schwierigkeiten haben, die eine Rückverlagerung seines Wohnsitzes und seiner Aktivitäten erwarten lassen. Es wird dann zu prüfen sein, ob und inwieweit die Verfassungsschutzbehörden systematisch Informationen über diese Gruppierung zu sammeln und auszuwerten haben.